Open Doors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2023

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
27

LÄNDERPROFIL

Kuba

Platz 27 / 70 Punkte (2022: Platz 37 / 66 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2021 – 30. September 2022

Überblick

Seit 1959 wird Kuba von einer einzigen Partei regiert, der Kommunistischen Partei Kubas (PCC). Diese versucht, die Kirche gemäß ihrer kommunistischen Ideologie zu kontrollieren. Die Regierung geht mit aller Härte gegen oppositionelle Stimmen und Demonstranten vor. Wenn Kirchenleiter oder christliche Aktivisten das Regime kritisieren, müssen sie mit Verhaftungen, Verleumdungskampagnen, Mobilitätseinschränkungen, Gefängnisstrafen und/oder Schikanen durch die Regierung und ihre Sympathisanten rechnen (in der Regel durch sogenannte »Ablehnungshandlungen«, die auch physische Gewalt beinhalten können). Mit dem Ziel, den Einfluss der Kirche zu kontrollieren und einzuschränken, ist es üblich, die Registrierung neuer Kirchen zu verhindern, was diese zwingt, in der Illegalität zu operieren. Die Behörden verhängen dann Sanktionen wie die vollständige Verweigerung von Lizenzen, Geldstrafen, Beschlagnahmungen von Eigentum und den Abriss und die Schließung von Kirchen (einschließlich Hauskirchen). Die Regierung versucht auch, die christliche Lehre, die ein biblisches Modell von Ehe und Familie verteidigt, einzuschränken und unterdrückt diejenigen, die ihrer Ideologie widersprechen.

ECKDATEN

STAATSOBERHAUPT
Präsident Miguel Díaz-Canel

BEVÖLKERUNG
11.306.000

CHRISTEN
6.936.000 / 61,3 %
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION
Christlicher Glaube

STAATSFORM
Sozialistische Republik mit Einparteiensystem

Hintergrund

Im Jahr 2018 wählte die Nationalversammlung Miguel Díaz-Canel einstimmig zum Präsidenten des Staatsrats und des Ministerrats. Damit wurde er zum politischen Führer der Insel und Vertreter des Staates und beendete die sechs Jahrzehnte währende Herrschaft der Familie Castro. Im Jahr 2019 führte Kuba eine neue Verfassung ein, die einige wichtige Merkmale änderte (wie die Regierungsform und die Wiedereinführung der Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik), aber das sozialistische Einparteiensystem beibehielt. Darüber hinaus wurde im Oktober 2019 zum ersten Mal seit 43 Jahren das Amt des Premierministers wieder eingeführt, und Manuel Marrero Cruz wurde im Dezember 2019 zum Premierminister ernannt. Obwohl Raúl Castro im April 2021 vom Amt des Sekretärs der Kommunistischen Partei Kubas zurückgetreten ist, hat die Parteiführung erklärt, dass sie ihn weiterhin bei allen strategischen Planungen für das Land konsultieren wird. Damit ist keine Änderung der Ausrichtung des Landes zu erwarten.

Kuba hat ein brisantes Verhältnis zu den USA. Nach den Versuchen des früheren US-Präsidenten Barack Obama, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wiederherzustellen, verhängte der ehemalige US-Präsident Donald Trump neue restriktive Maßnahmen und hielt Handels-, Wirtschafts- und Finanzembargos aufrecht. Der derzeitige US-Präsident Joe Biden verschärfte im Juli 2021 die Sanktionen gegen Kuba, nachdem kubanische Beamte gegen Demonstranten bei regierungsfeindlichen Protesten vorgegangen waren, die in dem Land als Reaktion auf die Covid-19-Krise, die schwere Rohstoffknappheit und die weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen ausgebrochen waren.

Menschenrechtsgruppen berichten, dass Kuba weiterhin abweichende Meinungen und öffentliche Kritik unterdrückt und bestraft. Zu den Strafen gehören kurzfristige willkürliche Verhaftungen, Verleumdungskampagnen, Reisebeschränkungen, Razzien in Wohnungen und Büros, Beschlagnahmung von Arbeitsmaterialien und schlechte Haftbedingungen. Außerdem weigert sich die kubanische Regierung nach wie vor, die Überwachung der Menschenrechte als legitime Tätigkeit anzuerkennen und verweigert lokalen Menschenrechtsgruppen den Rechtsstatus. Nach Angaben des »CIA World Factbook« ist der Militärdienst für Männer zwei Jahre lang verpflichtend. Sich dem Militärdienst aus Gewissensgründen zu entziehen, ist selten eine Option.

Christen sind schutzlos, ebenso wie alle Personen mit Überzeugungen, die der kommunistischen Regierung entgegenstehen. Die Haltung der Regierung gegenüber Kirchen hängt davon ab, ob sie sich den Anweisungen und Interessen der Regierung unterwerfen. Christliche Frauen und Mädchen werden in der kubanischen Gesellschaft oft unter Druck gesetzt und angefeindet, wenn sie ihre religiösen Überzeugungen in Bezug auf Demokratie, Beteiligung an der Zivilgesellschaft, Menschenrechte, das biblische Modell der Ehe und Lebensschutz verteidigen. Auch christliche Aktivisten und Leiter sind unter Druck geraten und wurden Berichten zufolge geschlagen, mit Geldstrafen belegt, inhaftiert und ihr Eigentum wurde beschlagnahmt.

©Alamy

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.936.000	61,3
Atheisten	476.000	4,2
Agnostiker	1.898.000	16,8
Andere	1.954.650	17,3

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2023 wurden im ganzen Land, vor allem aber im Osten des Landes und in der Hauptstadt, Vorfälle von Christenverfolgung registriert.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung, gemischt mit säkularer Intoleranz

Nach der kubanischen Revolution (1953–1959) wurde das Land als kommunistischer Staat aufgebaut. Auch wenn es Anpassungen an dem ursprünglichen kommunistischen Konzept gegeben hat, wird das Land immer noch nach diesem politischen und wirtschaftlichen Modell regiert. Die neue Verfassung hat die Kommunistische Partei Kubas gestärkt, die als führende Kraft für Gesellschaft und Staat bezeichnet wird. Das bedeutet, dass sich verfassungsgemäß alle, auch religiöse Einrichtungen, der Ideologie der Kommunistischen Partei unterwerfen müssen. In diesem Szenario wird jeder, der sich nicht an die Grundwerte der herrschenden Partei hält, ins Visier genommen und unterdrückt. Christen, die im Einklang mit ihrem Glauben handeln wollen, werden als Feinde oder Rebellen betrachtet. Abgesehen von der fast völligen Vergötterung Fidel Castros und der Kommunistischen Partei spielt Religion in der Gesellschaft keine Schlüsselrolle. Handlungen der Kirchen, die als regierungsfreundlich gelten, werden akzeptiert, sofern sie den Interessen des Regimes im Hinblick auf die Kontrolle der Bürger nicht entgegenstehen. Die Regierung begrüßt Ideologien, die christlichen Werten sogar im privaten oder familiären Bereich entgegenwirken, wie sie von einigen radikalen Interessengruppen vertreten werden.

Diktatorische Paranoia

Das Auftreten dieser Triebkraft ist mit kommunistischer und postkommunistischer Unterdrückung vermischt. Da die PCC die einzige verfassungsmäßig anerkannte politische Partei ist, wird jeder, der die Autorität ihrer Leiter in Frage stellt, als Feind des Regimes bezeichnet – sei es aus Gründen des Glaubens oder aus anderen Gründen. Die neue Verfassung verstetigt die kubanische Revolution als politisches Projekt und bestätigt die Notwendigkeit, ein System der totalen Überwachung aufrechtzuerhalten. Diese totalitäre Kontrolle hat zu jahrelanger exzessiver Unterdrückung und Verletzung der Rechte der Bürger geführt. Aufgrund der Einschränkungen der Religionsfreiheit von Christen und kirchlichen Aktivitäten sind Christen manchmal gezwungen, gegen ihren Glauben zu handeln. Dies gilt nicht nur, um nicht ins Visier des Regimes zu geraten, sondern auch, um einfach nur Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu erhalten. Korruption und Straffreiheit werden als Mittel zur Erhaltung der Macht der PCC eingesetzt. Die Regierung kontrolliert den Staatsapparat auf allen Ebenen, und es gibt keine unabhängige Behörde, die für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sorgt. Christen aller Konfessionen (einschließlich der Katholischen Kirche) haben keinen legitimen Raum, um sich frei und ohne Angst vor Repressalien zu äußern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen christlichen Gemeinschaften gehören die Römisch-Katholische Kirche, die Orthodoxe Kirche und eine wachsende protestantische Gemeinschaft, die sich aus episkopalen, presbyterianischen, lutherischen und methodistischen Kirchen zusammensetzt. Diese Kirchen werden überwacht und müssen mit staatlichem Widerstand rechnen, wenn Inhalte oder Predigten entdeckt werden, die sich gegen die kommunistische Ideologie richten, und wenn sie Demonstranten, insbesondere Jugendliche, unterstützen. Sie können auch von Leitern politisierter Kirchen und ideologischen Interessengruppen kritisiert und von Regime-Sympathisanten schikaniert werden. Einige Kirchen, die zu dieser Kategorie gehören, sind vom Staat nicht offiziell anerkannt oder können nicht mit der Unterstützung des kubanischen Kirchenrates rechnen, wenn Mitglieder oder Leiter als Regimekritiker bekannt sind. In solchen Fällen müssen sie mit den gleichen Konsequenzen rechnen wie nichtregistrierte, freikirchliche Gruppen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Kategorie gehören Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, sowie christliche Konvertiten aus der Santería (synkretistische Religion)

oder der PCC. Christliche Konvertiten werden häufig von Regierungsbeamten zurückgewiesen und sind Repressalien ausgesetzt, wenn sie einer Kirche angehören, die als Regimegegner gilt, oder wenn die Gemeindeleiter als Konterrevolutionäre angesehen werden. Durch Einschüchterung und Feindseligkeit wird versucht, von einer Hinwendung zum christlichen Glauben abzuschrecken und so das Wachstum der Kirche zu verhindern.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu zählen hauptsächlich Pfingstgemeinden und evangelikale Gemeinden, aber auch Baptistengemeinden. Diese kirchlichen Gruppen sehen sich nicht nur mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert wie traditionelle christliche Gemeinschaften, sondern haben auch kaum die Möglichkeit, sich registrieren zu lassen und die gleichen Rechte zu erhalten wie Kirchen mit staatlicher Anerkennung. Aufgrund dieses Hindernisses sind diese Gemeinden und ihre Leiter in höherem Maße Repressionen und Schikanen ausgesetzt. Sie sind gezwungen, außerhalb des Gesetzes zu handeln, was es möglich macht, jede ihrer Aktivitäten als einen Grund anzuführen, sie mit einer Geldstrafe zu belegen oder sie strafrechtlich zu verfolgen. Meistens haben sie keine andere Wahl, als sich heimlich in Hauskirchen zu versammeln. Sie leben in ständiger Angst, vom Regime und den Parteimilizen entdeckt zu werden.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Glaubensbekundungen in Blogs und Social-Media-Posts werden vom Staat genau überwacht. Nach der globalen Covid-19-Pandemie haben sich die Zensurmaßnahmen verschärft und zu Internet- und Reiseverboten geführt. In der Praxis gehen alle Kubaner davon aus, dass die Nutzung sozialer Medien und Telefongespräche von den Behörden überwacht werden. Das Hauptziel dieser Art von Einschränkung besteht darin, die Selbstzensur der Bürger zu fördern. Christliche Menschenrechtsaktivisten und diejenigen, die das Regime immer wieder in Frage stellen und herausfordern, werden willkürlich verhaftet und unter Hausarrest gestellt, was zur Trennung von der Familie und Gemeinde führt. Manchmal müssen sie unter strenger polizeilicher Überwachung in ihren Häusern bleiben, ohne jemanden kontaktieren zu können.

Familienleben

Der Staat gilt als Haupterzieher aller Kinder im Land und seine Revolutionsideologie beeinflusst die Kinder von klein auf. Kommunistische Erziehung ist verpflichtend in den Schulen. Jeden Morgen, bevor der Unterricht beginnt, müssen alle Schüler mit erhobener Hand schwören: »Wir werden wie Che sein!« (Che Guevara ist eine kommunistische Ikone.) Eltern, die ihre Kinder von den kommunistischen Werten des Staates abbringen, müssen mit Gefängnisstrafen und dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder rechnen. Sie können ihre Kinder kaum nach ihren eigenen Überzeugungen und ihrem Glauben erziehen, weil sie keine rechtlichen Mittel haben, um sich gegen die intensive Indoktrination des Regimes zu wehren. So sind Kinder von Christen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen, Einschüchterungen und anderen Schwierigkeiten

ausgesetzt, da sie als Kinder von »Feinden der Revolution« angesehen werden. Ein Christ, der sich der Regierung widersetzt, ist manchmal gezwungen, in einen anderen Teil des Landes umzuziehen, um seine Familie vor unnötigem Leid zu bewahren. Das bedeutet, dass die Familie für längere Zeit getrennt ist.

Gesellschaftliches Leben

Militante und Sympathisanten des Regimes überwachen die Aktivitäten von Christen genau. Christen, die sich auf Grundlage ihres Glaubens gegen das Regime geäußert oder an Streiks gegen das Regime teilgenommen haben, gelten als Regimekritiker und werden überwacht und verhört. Dies gilt ebenso für diejenigen, von denen bekannt ist, dass sie Kirchen angehören, die der Regierungspartei kritisch gegenüber stehen. Die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) sind die wichtigsten Informanten der Regierung. Ihr Ziel ist es, die Verbreitung von staatsgefährdendem, antikommunistischem Gedankengut mit Hilfe von anderen Bürgern, Milizen der PCC, Regierungsbeamten und manchmal auch anderen Familienmitgliedern zu verhindern. Alle Schüler, auch Christen, werden gezwungen, die marxistische Ideologie als Teil des staatlichen Pflichtlehrplans zu lernen, sogar an den Universitäten. Wenn sie versuchen, sich dieser erzwungenen Indoktrination zu widersetzen, droht ihnen das Verbot, ihre Ausbildung fortzusetzen. Für die Christen, die als Regimegegner gelten, gibt es keinen völlig sicheren Ort zum Versammeln. Gelegentlich verlangen Beamte als Schikane Geld von Christen, damit sie ihre Aktivitäten mit weniger Einschränkungen ausüben können. Dies stellt jedoch keine wesentliche Risikominderung dar. Die Anfrage nach Geld ist eine »private und willkürliche Vereinbarung« und hat keine rechtliche Grundlage.

Leben im Staat

Die Regierung garantiert niemandem im Land das Recht auf freie Meinungsäußerung, vor allem nicht in letzter Zeit, da die Überwachung von »Rebellen« und die Anwendung des Dekrets 370 zugenommen haben. Christen, christliche Organisationen, Verfechter der Religionsfreiheit oder christliche Menschenrechtsaktivisten, die sich beispielsweise über die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte durch den Staat, die Notwendigkeit der Abkehr vom kommunistischen Modell, die Unantastbarkeit der Ehe (im Zusammenhang mit dem »Familiengesetzbuch-Referendum«) oder auch Skandale im Zusammenhang mit der Familie Castro äußern, sehen sich mit Verhaftungen, Diskriminierung, Verleumdungskampagnen, Geldstrafen, Strafverfolgung, Reisebeschränkungen, Zensur und vielem mehr konfrontiert. Viele Christen und ihre Familien, die mit solchen Einschränkungen konfrontiert sind, gehören nichtregistrierten Kirchen an, insbesondere solchen, die mit der Evangelischen Allianz in Kuba verbunden sind, die offen Kritik an den Ungerechtigkeiten der Regierung übt. Das Regime hat die vollständige Kontrolle über das Justizsystem, und die Urteile werden immer zu seinen Gunsten ausfallen, was ihm Straffreiheit garantiert. Somit werden die Rechte auf Verfahrensgarantien für Christen, einschließlich des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, nicht angemessen gewahrt. Darüber hinaus wird unter dem Vorwand, ausländische Interventionen zu vermeiden, eine internationale Kontrolle nicht zugelassen.

Kirchliches Leben

Nur eine Minderheit der Kirchen in Kuba wurde vor der kommunistischen Revolution von 1959 registriert und ist damit rechtlich anerkannt. Seitdem wurde die Registrierung in den meisten Fällen mit der Begründung verweigert, dass eine andere örtliche Gruppe identische oder ähnliche Ziele verfolge oder dass die Aktivitäten des Antragstellers in irgendeiner Weise dem Gemeinwohl schaden könnten (d. h. der Ideologie der PCC zuwiderlaufen). Daher gelten viele Kirchen als illegal, weil ihnen die Registrierung verweigert wurde. Diese nichtregistrierten Kirchen werden als »Rebellen« betrachtet und müssen mit Strafen rechnen, die von Geldstrafen bis zur Schließung ihrer Organisationen, der Verfolgung ihrer Leiter und der Beschlagnahmung ihres Eigentums reichen. Jede angefragte Erlaubnis oder Genehmigung einer Kirche oder eines religiösen Leiters, die als »Feinde der Revolution« gelten, wird willkürlich verweigert. Das ständige Risiko staatlicher Repressalien hindert die Kirchen daran, im öffentlichen Raum zu agieren, insbesondere bei politisch umstrittenen Themen (wie im Falle des von der Regierung geförderten Referendums zum Familiengesetzbuch), da die Predigten ständig überwacht werden und der Einfluss der Zivilgesellschaft von der kommunistischen Regierung eingeschränkt wird.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Januar 2022, Camagüey: Das Haus des römisch-katholischen Priesters Rolando Montes de Oca in Camagüey wurde mit Eiern beworfen. Er ist dafür bekannt, dass er der Regierung kritisch gegenübersteht. Dies war bereits der zweite Akt der Aggression gegen ihn.

- Mai 2022, Palma Soriano: Lorenzo Rosales Fajardo, Pastor und Leiter der Unabhängigen Kirche von Monte de Sion und früheres Ziel staatlicher Repressionen, wurde im August 2021 wegen seiner Teilnahme an den friedlichen Protesten vom Juli 2021 zusammen mit anderen Mitgliedern seiner Kirche verhaftet. Nachdem er schikaniert, psychisch gefoltert und die meiste Zeit seiner Haft in Isolationshaft gehalten wurde, wurde er im Dezember 2021 in einem ersten Urteil zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, weil ihm Respektlosigkeit, Störung der öffentlichen Ordnung, Aufwiegelung und Körperverletzung vorgeworfen wurden. Im Mai 2022 wurde die Strafe für Rosales Fajardo um ein Jahr auf sieben Jahre Haft herabgesetzt, später wurde seine Berufung abgelehnt. Auch seiner Frau wurde mit Gefängnis gedroht, sollte sie sich weiterhin öffentlich zum Fall ihres Mannes äußern.

- Juli 2022, Havanna: Raul Capote, ein Jugendleiter der Calvario Baptist Church, wurde nach der Veröffentlichung eines Gedichts auf seinem Facebook-Profil, in dem er die Repression der Regierung kritisierte und direkt um Gottes Hilfe bat, von einem Polizeibeamten in seinem Haus aufgesucht. Er wurde vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder geschlagen und dann verhaftet.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2023	27	70
2022	37	66
2021	51	62
2020	61	52
2019	59	49

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Eine Zunahme des Drucks in allen Lebensbereichen und der Gewalt führte zu einem Anstieg der Gesamtpunktzahl um vier Punkte. Das diktatorische Regime verschärfte seine repressiven Maßnahmen gegen alle christlichen Leiter und Aktivisten, die sich den kommunistischen Prinzipien widersetzten. Dies gilt insbesondere nach den großflächigen Demonstrationen im Juli und November 2021 und richtet sich auch gegen diejenigen, die an anderen ähnlichen Manifestationen der Ablehnung des kommunistischen Modells teilgenommen haben. Zu den Maßnahmen der Regierung gehörten Verhaftungen, Entführungen, willkürliche Geldstrafen, strenge Überwachung, Verweigerung von Lizenzen und religiösen Visa sowie körperliche und seelische Misshandlungen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christliche Frauen werden oft wegen ihrer konservativeren sexuellen Werte beleidigt, insbesondere wenn sie sich gegen die Abtreibung aussprechen. Diese ist im Falle einer genetischen Fehlbildung obligatorisch, entsprechend dem Ideal der kubanischen Regierung, keinerlei Geburten mit Fehlbildungen zuzulassen. Aktivistinnen, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden in der Regel entlassen, bedroht und überwacht. Die Polizei misshandelt und verprügelt weiterhin die »Damen in Weiß« (eine von den Angehörigen politischer Gefangener gegründete Gruppe) auf dem Weg zu und von den Gottesdiensten, nach denen sie für gewöhnlich ihre stillen Demonstrationen ausüben. Häusliche Gewalt ist nach wie vor eine Herausforderung.

Männer: Christliche Männer, insbesondere männliche Pastoren, werden häufiger verhaftet oder belästigt, da sie oftmals Führungspositionen innehaben und das Verhalten der Regierung aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen kritisieren. Die Verhaftungen nahmen nach den Protesten vom 11. Juli deutlich zu, wovon viele junge Männer betroffen waren. Christliche Männer in Kuba sehen sich Schlägen, Verhaftungen, der Beschlagnahmung christlicher Literatur, der Zerstörung von Eigentum und Morddrohungen ausgesetzt. Im Rahmen der Wehrpflicht sind christliche Männer zusätzlich gefährdet, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Das Ausmaß der Diskriminierung und Verfolgung hängt von der Einstellung des befehlshabenden Offiziers ab.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2022 waren mehrere religiöse Leiter und Praktizierende der Santería, insbesondere Mitglieder der nichtregistrierten »Free Yoruba Association of Cuba«, häufig Ziel von Schikanen der Regierung. Berichten zufolge wurden mindestens fünf Mitglieder wegen ihrer Teilnahme an den Protesten durch die Staatssicherheit festgenommen. Vertreter der muslimischen Gemeinschaft werden diskriminiert (z. B. durch Verweigerung der Reiseerlaubnis), ebenso wie die Zeugen Jehovas, die aufgrund von Auflagen für ihr politisches Engagement am Studium gehindert werden.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kuba hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) (*nur unterzeichnet, nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kuba kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christen werden verhaftet, wenn sie für ihre Rechte eintreten (ICCPR Art. 9 und 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Kinder werden in der Schule ausgegrenzt und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben (ICCPR Art. 18; CRC Art. 14 und 24)

Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Zudem dokumentiert Open Doors, in welcher Intensität und in welchem Umfang Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

1. **DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;

2. **INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim
T 06195 6767-0
E info@opendoors.de · **I** www.opendoors.de

Pressebüro
T 06195 6767-180
E pressebuero@opendoors.de

Open Doors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit